



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470  
Fernsprecher 8484-88  
Fernschreiber 0886-890

P/XII/6 - 8. Januar 1957

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die Lage der Bundespost	S. 1
Rüchling und die Wiederaufrüstung	S. 4
"Protokoll-Bemerkungen" zum Metallarbeiter- streik in Schleswig-Holstein	S. 5
Lenkows Moskauer Ernte	S. 7

---

## Finanzkoloss auf ungesunder Basis

Von Helmut Schmidt, MdB.

Aus Anlass der soeben anlaufenden Haushaltsberatungen in den Ausschüssen veröffentlichen wir nachfolgenden Bericht des vom Bundestag in den Postverwaltungsrat entsandten Abgeordneten Helmut Schmidt, Hamburg:

Das Postverwaltungsgesetz hat Anlagen und Betrieb der Deutschen Bundespost aus dem Bundeshaushalt ausgeklammert, der nur noch das persönliche Gehalt des Postministers enthält. Infolge dieser Regelung ist den parlamentarischen Haushaltsberatungen die Durchleuchtung der Post weitgehend entzogen. Hier liegt eine Gefahr, weil sich seit einiger Zeit innerhalb des Postvermögens höchst bedenkliche Entwicklungen vollziehen.

Zwar hat die deutsche Wirtschaftspresse dem scheidenden Postminister Balke Kränze gewunden: wenn er auch nicht als Fachmann eingetroffen sei, so habe doch seine privatwirtschaftliche Erfahrung ihn nach kurzer Zeit zu einer guten Leitung der Post befähigt. Hier muss jedoch einmal deutlich festgestellt werden, dass Balke die Post in einer sehr ungesunden Finanzverfassung übergeben hat: von 1953 bis einschliesslich des noch unter seine Verantwortung fallenden Voranschlags 1957 hat sich das kurzfristige Fremdkapital von 923 Mio DM auf 1779 Mio DM verdoppelt, sein Anteil an der Finanzierung des Ende 1957

8. 1. 1957

rund 6,05 Mrd DM betragenden Aktivvermögens der Post ist unter Balkes Verantwortung auf 30 % gestiegen!

Die Betriebsrechnung der Post ist zwar immer noch gesund, von einem Reingewinn kann allerdings keine Rede mehr sein. Die weitgehend kurzfristige Finanzierung der sehr hohen alljährlichen Neu-Investitionen aber gibt zu ehrlicher Sorge Anlass. Ein Blick auf die Finanzierung des Geldbedarfs für 1957 (nach Reduzierung der betrieblichen Einnahmen und Ausgaben auf deren Saldo) ergibt, dass im Rahmen eines Gesamtfinanzbedarfs von 1685 Mio DM allein 635 DM zur Schuldentilgung benötigt werden. Von diesem Gesamtbedarf sollen mindestens 690 Mio DM durch Ausgabe von neuen Schatzanweisungen aufgebracht werden, davon rund 440 Mio DM kurzfristige Schatzanweisungen! Hier findet eine von Jahr zu Jahr steigende Ablösung von Wechselschulden durch neue Wechselverschuldung statt, die ihresgleichen in der deutschen Wirtschaft sucht. Die Post nähert sich bedenklich dem Finanzstatus der Bundesbahn.

#### Überhörte Warnungen des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat, dessen gesetzliche Kompetenzen leider unzureichend sind, hat im Laufe der letzten Jahre mehrfach seine warnende Stimme erhoben, und dem Bundeskabinett bzw. dem Finanzminister dreimal schriftlich gegeben, dass entweder eine Aufstockung des Eigenkapitals oder aber die Ermöglichung einer langfristigen Fremdfinanzierung dringend notwendig ist. Die Bundesregierung hat sich jahrelang taub gestellt. Der Versuch, eine langfristige Anleihe auf dem Kapitalmarkt zu placieren, schlug im Jahre 1955 infolge der von Schäffer eigensinnig festgelegten ungeeigneten Bedingungen fehl. Trotz des hohen tatsächlichen Bedarfes der deutschen Volkswirtschaft an neuen Fernschreib- und vor allem Fernsprechverbindungen hat der Verwaltungsrat Anfang 1956 wegen des Fehlens ausreichender langfristiger Finanzierung eine Drosselung des vorgesehenen Investitionsprogramms vornehmen müssen.

Angesichts der sehr unerfreulichen Auswirkungen, die dieser Schuss vor den Bug in der Beschäftigung der deutschen Fernmeldeindustrie, vor allem in Berlin herbeiführte, erfanden Schäffer und Balke im Frühjahr 1956 einen erstaunlichen Ausweg: unter der Begründung, dass in zukünftigen Jahren die Bundeswehr als bedeutender zusätzlicher Kunde für Fernmeldeverbindungen an die Post herantreten wird, erfand man ein investitorisches "Zusatzprogramm", welches im wesentlichen aus Darlehen und "Gebührenvorauszahlungen" zu Lasten des Verteidigungshaushalts finanziert wird.

Im Herbst 1956 erreichte der Konflikt zwischen Postverwaltungsrat und Finanzminister seinen Höhepunkt. Im Auftrage des Verwaltungsrates kritisierte dessen Vorsitzender, der CDU-Abgeordnete Neuburger, in öffentlicher Rede die Postfinanzierungspolitik seines Parteifreundes Schäffer. Wenig später verweigerte dieser das Einvernehmen für den postseitigen Entwurf des Voranschlags 1957. Der Verwaltungsrat wiederum begann trotz des Fehlens dieser gesetzlich geforderten Voraussetzung mit der Berstung. Dabei ging er ausdrücklich davon aus, dass der Finanzminister bis Mitte Dezember die für die Investitionen des Jahres 1957

damals noch offene Finanzierungslücke von 450 - 500 Mio DM durch entsprechende Zusagen schliessen würde. Falls dies nicht geschähe, würde der Verwaltungsrat eine entsprechend hohe Streichung von Investitionsansätzen vornehmen bzw. der Haushaltsbeschluss insgesamt verweigern.

#### Fragwürdiges Finanzkunststück

In diese Phase fällt der Abgang Balkes. Knapp einen Monat nach dem Amtsantritt Lemmers und wenige Tage vor Ablauf der Frist gab Schäffer nach. Die Finanzierungslücke für 1957 soll nunmehr zu 200-250 Mio DM durch eine erstmalig marktgerecht ausgestattete langfristige Anleihe und zu 250 Mio DM durch einen weiteren Kredit aus den Mitteln des Verteidigungsministers ausgefüllt werden, der für fünf Jahre einen entsprechenden Betrag an Postschatzanweisungen ins Portefeuille nehmen soll.

Weil er keine Sorge zu haben brauchte, dass der Verteidigungsminister die Post zur Rückzahlung dieser Schuld zwingen könnte, hat der Verwaltungsrat auf dieser Grundlage den Voranschlag 1957 genehmigt, dessen Durchführung am 1. Januar begonnen hat. Eine ganz andere Frage aber ist, ob nicht unter dem Aspekt der Wahrheit und Klarheit des Bundeshaushaltes dieses Finanzkunststück schärfste Kritik verdient. Die Rolle des Verteidigungsministers als Bankier von Bundesunternehmen ist wahrlich neuartig. Die Planungen sehen schon bisher eine Verschuldung der Post an den Verteidigungshaushalt in Höhe von mindestens einer halben Milliarde DM vor, eine Summe, die sich im weiteren Verlaufe des oben gestreiften sogenannten "Zusatzprogramms" wahrscheinlich noch erhöhen soll. Es lässt sich kaum ein eindeutiger Beweis danken für die von uns wiederholt unterstrichene Tatsache, dass der Verteidigungsminister die ihm von der Bundestagsmehrheit bewilligten Gelder in dieser Höhe nicht entfernt für die gesetzlich vorgesehenen Zwecke verausgaben kann. Übrigens bleibt auch die haushaltsrechtliche Frisierung dieser Finanzmanipulation ein interessantes Problem.

#### Gebührenerhöhung - letzter Ausweg?

Für die Post aber bedeutet diese "Ectlösung" für 1957 bestensfalls bloss eine zeitliche Verschiebung des Problems ihrer dringend nötigen langfristigen Konsolidierung. Angesichts des hohen Bedarfs der Volkswirtschaft an Nachrichtenverbindungen und angesichts der in sich gesunden Betriebsrechnung der Post wäre eine Drosselung der Fernmeldeinvestitionen der unerfreulichste Ausweg. Der Bundestag sollte lieber der Post die jährlich an die Bundeskasse abzuführenden 275 Mio DM als langfristigen Investitionskredit zur Verfügung stellen, statt dem Verteidigungsminister sinnlos hohe Beträge für sachfremde Verwendungen zu bewilligen.

Aber das wäre ja wohl zu vernünftig. Statt dessen reden Schäffers Beamte ganz unverblümt davon, dass im Herbst 1957 - nach der Bundestagswahl! - eine neue Gebührenordnung bei der Post fällig sei. Und damit schliesst sich die Parallele zur Bundesbahn, denn diese wird durch die vereinigte Verkehrspolitik von Seebohm und Schäffer in die gleiche Lage gebracht.

### Rüstungsgeschäfte

Als erster Grossbetrieb der westdeutschen Schwerindustrie hat jetzt die Rheinmetall-AG offen erklärt, dass sie in Anknüpfung an "eine langjährige Tradition" in ihren Düsseldorfer Werken die Rüstungsproduktion zur Belieferung der Bundeswehr wieder aufnehmen wird. Die Verwaltung sprach zwar auf der Hauptversammlung von "einer harten Notwendigkeit", aber zugleich stellte sie mit Befriedigung fest, dass Rheinmetall nach dem ungewissen Schicksal der vergangenen Jahre damit wieder zu "einem interessanten Objekt" für seinen neuen privaten Grossaktionär geworden ist. Dieser neue Grossaktionär ist die Familie Röchling aus dem Saargebiet, die kürzlich die Aktienmehrheit der Rheinmetall aus Bundesbesitz übernahm.

Man muss dazu schon feststellen, dass das Sprichwort "gebranntes Kind scheut das Feuer" für Röchling nicht zu gelten scheint. Zweimal ist der Chef der Familie, Hermann Röchling, schon wegen seiner Rüstungsindustriellen Tätigkeit verurteilt worden. Das erste Mal nach dem ersten Weltkrieg, als ihn die Franzosen anklagten, Drehbänke und Motoren mit Requisitionsscheinen des damaligen deutschen Kriegsministeriums in sein Werk Wölklingen geschafft zu haben. Diese Vorgänge wiederholten sich in ähnlicher Weise während und nach dem zweiten Weltkrieg, in dem Röchling auch Mitglied des von NS-Regime berufenen obersten Rüstungsrates war.

In beiden Fällen ist allerdings das Urteil gegen Röchling nicht vollstreckt worden, und er hat letzter indes auch seinen schwerindustriellen Besitz zurückerhalten. Vielleicht ist das eine Beruhigung für ihn, wenn er jetzt zum dritten Mal in das Rüstungsgeschäft steigt. Es ist immerhin interessant, dass die nach dem Zusammenbruch abgegebenen Beteuerungen der deutschen Schwerindustrie, sie wolle nie wieder etwas mit Rüstung zu tun haben, allgemein in Vergessenheit geraten. Ebenso sind die vielfach geäusserten Behauptungen, es lasse sich damit auch gar nichts verdienen, verstummt. Heute fordert man vielmehr von Bonn, die Rüstungsaufträge möglichst nicht ins Ausland zu vergeben und spricht wieder von "interessanten Objekten".

Aus "Demokratischer Aufbau"

8.1.1957

Eine feine Methode !

Ku, Kiel

Mit überwältigender Mehrheit haben die Metallarbeiter in Schleswig-Holstein am Montag für die Fortsetzung des Kampfes um ihre soziale Gleichstellung mit den Angestellten im Krankheitsfalle gestimmt. Dieses Abstimmungsergebnis ist ein Beweis dafür, dass sich die Metallarbeiter auch nicht durch unsaubere Beeinflussungsmethoden aus dem Konzept bringen lassen. Um die Streikfront "aufzuweichen", hatten die Arbeitgeber in treuher Gemeinschaft mit dem CDU-Ministerpräsidenten von Hessel buchstäblich bis zur letzten Minute vor der Urabstimmung versucht, durch falsche Behauptungen die Arbeiter müde zu machen. Von Hessel erklärte der Streikleitung, der Bundesvorsitzende des DGB und Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses im Bundestag, Willi Richter (SPD), hätte es ja in der Hand gehabt, die Gesetzgebung für die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten zu beschleunigen. Ein entsprechender Gesetzentwurf liege seit langem vor; die Metallarbeiter in Schleswig-Holstein hätten - falls Richter "geapurt" haben würde - also eigentlich gar nicht zu streiken brauchen.

Wie der wirkliche Sachverhalt ist, geht aus den Protokollen des zuständigen Bundestagsausschusses hervor. Daraus ergibt sich, dass die CDU-Abgeordneten dieses Ausschusses ein Jahr lang das Zustandekommen des Gesetzes über die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten verhindert haben.

Bereits am 13. Januar 1956 begründete Richter den sozialdemokratischen Entwurf eines Gesetzes über die Gleichstellung aller Arbeitnehmer im Krankheitsfall im Bundestagsausschuss für Sozialpolitik im Bonner Bundeshaus. Der Abgeordnete Horn (CDU) forderte, vorher den Bericht des Bundesministeriums für Arbeit gemeinsam mit dem Ausschuss für Arbeit entgegenzunehmen, so dass die Angelegenheit von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Die Ausschüsse für Sozialpolitik, Arbeit und Mittelstands-Sonderfragen nahmen am 8. Februar den geforderten Bericht von Ministerialdirektor Prof. Herschel entgegen, worüber eine Weiterberatung am 22. März erfolgte. Richter (SPD) bat den Ausschuss, zu prüfen, wie das geltende Recht für Angestellte auch auf Arbeiter ausgedehnt werden kann. Der Abgeordnete Horn (CDU) hielt dem entgegen, dass in seiner Fraktion Horn das Problem noch eine recht unterschiedliche Auffassung herrsche. Die Weiterberatung musste vertagt werden.

Am 5. Mai berichtete Horn vor dem Ausschuss, dass seine Fraktion - die CDU/CSU - in der zurückliegenden Zeit den Antrag noch nicht erörtert habe und beantragte Vertagung. Demgegenüber verlangte der SPD-Abgeordnete Prof. Schellenberg, das Gesetz noch vor den Sommerferien zu verabschieden. - Am 6. Juni forderte Richter (SPD) erneut, den Arbeitern im Falle der Krankheit möglichst bald eine Gleichstellung

8. 1. 1957

mit den Angestellten zu geben. Er betonte, dass die Regelung dieser Frage eine der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben überhaupt sei. Der Abgeordnete Horn (CDU) erklärte wiederum, dass es seiner Fraktion bisher noch nicht möglich gewesen sei, die Frage zu behandeln. Der sozialpolitische Arbeitskreis der CDU/CSU wünsche, vor Eintritt in die Beratung die Ausführungen von Sachverständigen zu hören. Prof. Schellenberg (SPD) bedauerte, dass eine weitere Verzögerung unausbleiblich ist, weil der Antrag nicht bereits früher gestellt wurde. Am 23. Juni wurden schliesslich die Sachverständigen der Gewerkschaften, Wirtschaft und Krankenkassen "gehört".

Aber schon in der nächsten Sitzung, am 25. Juni, wich die CDU erneut aus. Der Abgeordnete Ruf (CDU) beantragte Vertagung, weil seine Fraktion erst die Ausführungen der Sachverständigen im Wortlaut haben wollte. Beratungen während der Parlamentsferien forderte demgegenüber der Abgeordnete Richter (SPD). Am 30. und 31. Oktober, sowie am 2. und 5. November werde die Gleichstellung aller Arbeitnehmer im Krankheitsfalle diskutiert. Zu diesem Zeitpunkt war der Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein bereits im Gange, nachdem auch die Tarifvertragsverhandlungen sich über das ganze Jahr erstreckt und die Unternehmer Lohnausgleich bei Krankheit abgelehnt hatten. In Bonn beantragte der Abgeordnete Horn (CDU), die Frage zurückzustellen bis nach der Neuordnung der Rentenversicherung, was auch gegen die Stimmen der SPD geschah.

Die letzte Sitzung fand dann am 14. November statt. Das, was die CDU bereits neun Sitzungen lang erklärt hatte, wurde nun erneut durch den Abgeordneten Horn vorgebracht. Er führte aus, dass der von Richter vorgeschlagene Termin zur Behandlung nicht wahrgenommen werden könne, weil sich sowohl die Koalitionsfraktionen, wie auch die Fraktion der FDP eine vorüberige Beratung des Antrages innerhalb der Fraktionen vorbehalten hätten. Gegen die Stimmen der SPD wurde nach dieser Verzögerungstaktik der CDU/CSU, die fast das ganze Jahr über andauerte, beschlossen, den Lohnausgleich bei Krankheit hinter die Gesetze der Rentenversicherung und der Knappschaftsversicherung zurückzustellen.

Fass ohne Boden.

ler. Reichlich flossen diesmal für Pankow die Spenden vom sowjet-russischen Gabentisch. Der russische Zwingherr Mitteldeutschlands zeigte sich diesmal von seiner grosszügigsten Seite. Die Herren von Pankow bringen als Ergebnis ihres viertägigen Besuches in Moskau einen Truppenvertrag, die volle Luft- und Visahheit für das Gebiet der DDR, einen Handelsvertrag und einen nicht unbeträchtlichen Kredit nach Hause, der sie in die Lage versetzen soll, ihren Versorgungs-tiefstand zu überwinden. Albanien und der Ulbricht-Staat sind die einzigen Länder Europas mit Lebensmittelrationierung; sie sind auch jene Länder, in denen die Stalinisten, unberührt von den Veränderungen bei ihren östlichen Nachbarn, noch fest das Ruder in der Hand haben. Sie bilden die äussersten Klammern des sowjetischen Herrschaftssystems in Europa, sie zählen zu den treuesten der Treuen Moskaus. Eine polnische oder gar ungarische Entwicklung in diesen Ländern würde die sowjetrussische Vorherrschaft in Frage stellen. Deshalb das überragende Interesse Moskaus, diese Satelliten, so gut es eben geht, mit Korsettstangen "in Form" zu halten.

Im Falle der DDR geschieht dies mit der Verleihung von Attributen an den "souveränen" deutschen Teilstaat sowjetrussischer Prägung. Äusserlich, aber eben nur äusserlich, ist der Ulbricht-Staat mit neuen Rechten ausgestattet worden. Wie weit diese das Verhältnis zum Westen berühren, bleibt allerdings unklar. Es ist wohl nicht anzunehmen, dass die Westmächte jetzt an den Pankower Türen klopfen müssen, wenn sie das Gebiet Mitteldeutschlands überfliegen - aber immerhin ist diese Klausel des Abkommens wohl geeignet, zwischen Bonn und Pankow eine Reihe neuer Unerträglichkeiten - man denke nur an die Zivilluftfahrt - zu eröffnen. Die Handelsvertragsbestimmungen bezugen den Wert, den Moskau seiner deutschen Position zumisst. Bonn verweigert in geradezu leichtfertiger Verblendung der Sowjetunion den Abschluss eines Handelsvertrages, und so holt sich Moskau die begehrten deutschen Qualitätswaren eben dort, wo es sie erhalten kann, aus Mitteldeutschland.

Für die 17 Millionen Deutschen jenseits der Elbe und Werra be-

6. 1. 1957

deutet das neue Moskauer Abkommen eine erhöhte wirtschaftliche Abhängigkeit von der Sowjetunion, die nicht minder drückend bleibt, auch wenn diese Abhängigkeit mit einer vorgesehenen Steigerung des Lebensstandards versüßt werden soll.

Der politischen Untermauerung dient der Truppenvertrag, der der Sowjetunion "das Recht gibt", auf deutschen Boden auch militärisch weiterhin, wenn auch vielleicht weniger offen als zuvor, in Erscheinung zu treten. Nur nebenbei: Dieses Abkommen entspricht in etwa den Verträgen, durch die sich Westdeutschland an das Militärsystem der Westmächte gebunden hat.

Der neue Vertrag Pankow-Moskau ist die sowjetrussische Antwort auf die Passivität der Bonner und westlichen Deutschlandpolitik, er errichtet neue Berge von Schwierigkeiten auf dem steinigem Weg zur Wiedervereinigung, er gibt dem Regime von Pankow die so notwendig gewordene Rückenstärkung und er schafft neue Tatsachen, die nicht auf die leichte Schulter zu nehmen sind. Zwar hat Pankow - auf lange Sicht gesehen - für die Sowjetunion keinen Ewigkeitswert, bleibt es doch auch für die Zukunft ein Fass ohne Boden, ein Gebilde, das nicht aus sich selbst, sondern nur durch Stützung von aussen leben kann, aber für eine gewisse Zeit bleibt die DDR für Moskau die wichtigste Karte seiner Europa- und Deutschlandpolitik. Das machten Verlauf und Ergebnis des Pankower Costspiels im Krenl deutlich.

Auch dies ist mit eine Folge der Bonner und westlichen Deutschlandpolitik, die in einer Zeit des allgemeinen Wandels auf steril gewordenen Positionen verharrt und nicht den Mut und die Initiative entwickelt, um durch neue Ideen und Vorstellungen aus dem Teufelskreis der deutschen Spaltung herauszukommen.

+ + +

---

Verantwortlich: Günter Markscheffel